

13. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen

Arbeitsunterlage 03

Änderungsanträge

Inhaltsverzeichnis

Änderungsanträge zu Antrag 01 (Leitantrag)	2
Änderungsanträge zu Antrag 02 (Parteientwicklung)	5

Änderungsanträge zu Antrag 01 (Leitantrag)

Änderungsantrag 01

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Antragsthema: Änderungsantrag zu Antrag 01 (Leitantrag), Zeile 17

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, den Leitantrag in Zeile 17 wie folgt zu ergänzen:
„Die mörderische Abschottung der EU an den Außengrenzen und die Einpferchung von Geflüchteten in Lagern zwingen Zehntausende in menschenunwürdigem Elend zu leben.“

Begründung:

Zu den Problemen, die nicht verschwunden sind, zählt auch die Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU an den Außengrenzen und gegenüber geflüchteten Menschen. Das System der Auffanglager auf den griechischen Inseln ist zynisch und auf Verelendung ausgelegt. Die sogenannte Wertegemeinschaft Europäische Union verrät zentrale humanitäre Werte jeden Tag aufs Neue. DIE LINKE ist die einzige Partei, die niemals Verschärfungen des Asylrechts zugestimmt hat. Wenn im Leitantrag fortwährende Krisen prominent thematisiert werden, dann muss auch der Umgang mit Geflüchteten angeprangert werden.

Änderungsantrag 02

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Ortsverband Wiesbaden Mitte - Südost

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 01 (Leitantrag), Zeile 101

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, im Leitantrag 01 die Zeile 101 wie folgt zu ergänzen:
„Wir setzen uns gegen Leerstand und Zweckentfremdung sowie für einen Mietestopp in hessischen Ballungsgebieten, Groß- und Universitätsstädten ein.“

Änderungsantrag 03

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 01 (Leitantrag)

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, den Leitantrag in Zeile 149 wie folgt zu ergänzen:
„Kommunen sollen bei der Energiewende vorangehen und geeignete Flächen (z.B. Dächer) öffentlicher Liegenschaften, soweit sinnvoll, mit Solaranlagen ausstatten.“

Begründung:

Die klimagerechte Umwandlung der Energieversorgung ist eine zentrale Herausforderung, die hier benannte Stärkung kommunaler Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen der richtige Weg. Dabei ist es wichtig, die Kommunen nicht nur als Bereitstellungs- und Koordinationsinstanz zu sehen, sondern auch selbst in die Pflicht zu nehmen. Die Nutzung kommunaler Liegenschaften zur Energiegewinnung durch Solarstrom ist ein guter praktischer Ansatz, um dieses Ziel umzusetzen.

Änderungsantrag 04

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 01 (Leitantrag), Zeile 198

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, den Leitantrag in Z. 198 wie folgt zu ergänzen:

Solidarität endet nicht an Gemeindegrenzen. Aufnahme von Geflüchteten jetzt!

Fünf hessische Kommunen und drei Landkreise haben sich zu sicheren Häfen erklärt und zeigen Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen. In der Regel stand DIE LINKE an der Spitze dieser Initiativen. In kommunalen Parlamenten setzen wir uns dafür ein, mehr hessische Kommunen und Kreise mit ins Boot zu holen. Ganz Hessen muss sicherer Hafen werden! Damit erhöhen wir den Druck auf die schwarzgrüne Landesregierung, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Landesaufnahmeprogramm endlich umzusetzen.

Die Solidarität in der Bevölkerung und in Bewegungen für Geflüchtete ist weiterhin hoch, obwohl die Arbeitsbedingungen strukturell erschwert werden und insbesondere unter den Coroneinschränkungen litten. DIE LINKE setzt sich daher für kommunale Unterstützungsfonds für diese Initiativen ein.

DIE LINKE verurteilt darüber hinaus Abschiebungen grundsätzlich und setzt sich dafür ein, dass alle Menschen die nach Deutschland und Hessen kommen echte Bleibeperspektiven bekommen anstatt jahrelang in dauerhafter Angst und Unsicherheit leben zu müssen. Sie fordert die Landesregierung auf, Abschiebungen aus Hessen zu unterlassen und auch keine Abschiebeflüge von hessischen Flughäfen mehr zuzulassen. Über den Bundesrat soll sie sich für einen dauerhaften Abschiebestopp aus Deutschland einsetzen. Kein Mensch ist illegal!

Begründung:

Die mangelnde Unterstützung für Geflüchtete insgesamt und auch für hessische Kommunen, die die Aufnahme hunderter Menschen angeboten haben, wird im Leitantrag leider nicht thematisiert. Nicht zuletzt die Brandkatastrophe von Moria hat wieder einmal vor Augen geführt, wie desaströs die Lage Zehntausender Menschen in Europa ist. DIE LINKE steht ganz praktisch an der Seite der Vulnerabelsten und Unterdrückten. Dies sollte sie auch politisch deutlich machen, indem sie die Landesregierung auf ihren Koalitionsvertrag verpflichtet, Menschen in Not und aufnahmewillige Kommunen unterstützt und sicherstellt, dass die großartige Arbeit von zahllosen ehrenamtlichen Helfer*innen und Initiativen nicht an Finanzierungsschwierigkeiten scheitert.

Zuletzt gehört der Einsatz gegen Abschiebungen und für ein sicheres Leben in Deutschland zu den Grundanliegen unserer Partei.

Änderungsantrag 05

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Kassel Stadt

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 01 (Leitantrag), 272 - 273

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, den Leitantrag in Zeile 272 bis 273 wie zu ändern
Der Text „Für eine Veränderung der Politik reichen nicht allein arithmetische Mehrheiten im Bundestag“.

wird geändert in „Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird nicht durch arithmetische Mehrheiten im Bundestag erreicht werden.“

Begründung:

Wir wollen als Partei die Gesellschaft verändern, nicht nur die Politik im Bundestag. Im nächsten Satz sagen wir richtigerweise, was für diese Veränderung notwendig ist, der Satz zuvor sollte dazu passen.

Änderungsantrag 06

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Ortsverband Wiesbaden Mitte - Südost

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 01 (Leitantrag), Zeile 333-335

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen,

Die Zeilen 333-335 werden gestrichen und durch den folgenden Text ersetzt:

„Bezahlbar Wohnen: Wir sind zusammen mit dem hessischen Mieterbund und dem DGB aktiv für einen Mietenstopp in hessischen Ballungsgebieten, Groß- und Universitätsstädten. Wir wollen ein Sofortprogramm für 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr in Hessen. Wir setzen uns im Hessischen Landtag für die Wiedereinführung der Verordnung über das Verbot von Wohnraumzweckentfremdung sowie die Einführung eines Vetorechtes für Kommunen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ein. Langfristig streben wir die Vergesellschaftung börsennotierter Immobilienkonzerne an.“

Änderungsantrag zu Antrag 02 (Parteientwicklung)

Änderungsantrag 08

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Kassel Stadt

Antragsthema: Änderungsantrag zum Antrag 02

Antrag:

Der 13. Landesparteitag möge beschließen, dass der Text in Zeile 33 im Antrag 02 „...wo immer sie uns unsere politische Arbeit leichter machen...“ gestrichen wird.

Begründung:

Moderne Kommunikationsformen wie Videokonferenzen und social media sind nicht erst seit der Pandemie auf dem Vormarsch. Sie sind eher mittlerweile ein viel genutztes Informations- und Kommunikationsmedium. Ich will den Einschub streichen, da wir diese Medien und Kommunikationsformen in der Partei unbedingt mehr und professioneller benutzen müssen. Die Einschränkung „wo immer sie uns unsere politische Arbeit leichter machen“ suggeriert, diese nur zu nutzen, wenn es etwas nutzt. Dies ist jedoch nicht so einfach zu bewerten und von Einzelfall zu Einzelfall unterschiedlich. Wir müssen und weiterentwickeln nun die Kompetenzen in dem Bereich ausbauen, egal ob es auf den ersten Blick sinnvoll erscheint oder nicht. Selbstverständlich macht es mehr Arbeit sich in verschiedene Kommunikationsformen und Plattformen einzuarbeiten und diese zu bespielen, jedoch ist dies – auch angesichts der Pandemielage, die uns auch in den Wahlkampf begleiten wird - unausweichlich.